(2) Die Ferienkomitees der Schulen und die Ferienausschüsse sind dazu von den örtlichen Organen des Staatsapparates zu unterstützen.

§ 11

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt der Beschluß vom 26. März 1959 über die „Woche der Jugend und der Sportler“ (GBl. I S. 279) außer Kraft.

Berlin, dep 17. Mai 1965

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

St o p h
Vorsitzender

Anordnung über die Verrechnung der Abschreibungen in die Selbstkosten in den volkseigenen Betrieben der örtlichen Versorgungswirtschaft und die Bildung und Verwendung des einheitlichen Amortisationsfonds der örtlichen Versorgungswirtschaft bei den Räten der Gemeinden, Städte und Kreise.

— Amortisationsfonds-Anordnung —

Vom 13. Mai 1965

Im Einvernehmen mit dem Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte wird folgendes angeordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung gilt für die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise sowie die ihnen zugeordneten finanzgeplanten volkseigenen Betriebe der örtlichen Versorgungswirtschaft — Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe, Betriebe der Stadt- und Gemeindegewirtschaft sowie Produktionsbetriebe — (nachstehend Betriebe genannt).

(2) Der Geltungsbereich gemäß Abs. 1 bezieht sich auf die Betriebe,

- die am 1. Januar 1965 nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Finanzplänen der volkseigenen Wirtschaft arbeiten und
- die zu einem späteren Zeitpunkt als am 1. Januar 1965 durch Beschluß der örtlichen staatlichen Organe gebildet bzw. auf wirtschaftliche Rechnungsführung umgestellt werden. Diese Betriebe verfahren vom Zeitpunkt ihres Bestehens an ebenfalls nach dieser Anordnung.

Kostenwirksame Einführung neuer Abschreibungen auf der Grundlage der Umbewertung der Grundmittel in den volkseigenen Betrieben der örtlichen Versorgungswirtschaft

§ 2

(1) Die Betriebe gemäß § 1 — mit Ausnahme der Produktionsbetriebe — haben ab 1. Januar 1965 die entsprechend den im „Verzeichnis der Abschreibungssätze für Grundmittel“ (Sonderdruck Nr. 491 des Gesetzblattes) ermittelten Abschreibungen in voller Höhe in die Selbstkosten zu verrechnen.

(2) Die Produktionsbetriebe gemäß § 1 verfahren bis auf weiteres gemäß § 8 der Anordnung Nr. 7 vom

24. September 1964 über die Verrechnung der Abschreibungen in die Selbstkosten und die Bildung des Fonds für Generalreparaturen — Abschreibungen für Grundmittel in der örtlichgeleiteten volkseigenen Industrie und sonstigen Bereichen der zentral- und örtlichgeleiteten volkseigenen Wirtschaft — (GBl. III S. 451).

(3) In den Betrieben der örtlichen Versorgungswirtschaft werden keine Fonds für Generalreparaturen im Sinne des § 30 der Investitionsverordnung vom 25. September 1964 (GBl. II S. 785) gebildet.

§ 3

(1) Die kostenwirksame Verrechnung der neuen Abschreibungen darf sich nicht auf die Preise auswirken und keine Einschränkungen der Leistungen zur Folge haben.

(2) Durch die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise sind Maßnahmen einzuleiten, die gewährleisten, daß die Auswirkungen der neuen Abschreibungssätze auf die Kosten durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Rentabilität systematisch wieder ausgeglichen werden.

(3) Im Jahre 1965 werden die Auswirkungen der kostenwirksamen Verrechnungen der neuen Abschreibungen über außerplanmäßigen Haushaltsausgleich den örtlichen Räten erstattet.

§ 4

(1) Die Abschreibungen gemäß § 2 Abs. 1 sind planbare Kosten und in die betrieblichen Finanzpläne einzuarbeiten.

(2) Die den Betrieben übergeordneten örtlichen Räte bestätigen im Jahr 1965 die Auswirkungen der kostenwirksamen Verrechnung der neuen Abschreibungen durch Planfortschreibung.

Bildung und Verwendung des einheitlichen Amortisationsfonds der örtlichen Versorgungswirtschaft bei den Räten der Gemeinden, Städte und Kreise

§ 5

(1) Die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise bilden ab 1. Juli 1965 einen einheitlichen Amortisationsfonds der örtlichen Versorgungswirtschaft als Sonderfonds außerhalb des Haushalts (nachstehend einheitlicher Amortisationsfonds genannt).

(2) Die Betriebe führen gemäß § 4 Abs. 2 der Anordnung vom 17. März 1965 über die vorläufige Regelung der Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen (GBl. II S. 277, Ber. S. 299) ihre Amortisationen in voller Höhe an den einheitlichen Amortisationsfonds gemäß Abs. 1 ab:

- gemeindegeleitete Betriebe an den Rat der Gemeinde,
- stadtgeleitete Betriebe an den Rat der Stadt,
- kreisgeleitete Betriebe an den Rat des Kreises.

(3) Für die Zeit vom 1. Januar 1965 bis 30. Juni 1965 bezieht sich die Abführungspflicht nur auf die Teile der betrieblichen Amortisationen, die im Betrieb gesammelt, aber noch nicht verbraucht wurden.